PB.W-01-552-2

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Marcel Duda (KV Hildesheim)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 552 bis 563:
~~Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem, schnell und kontaktlos und soll noch sicherer werden. Wir wollen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) einen digitalen Euro schafft. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für Verbraucher*innen und Unternehmen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen. Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von Verbrechen wie Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahlens klare Regeln.~~

Kryptowährungen und die ihnen zugrunde liegen Blockchaintechnologie gehören zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektoren weltweit. Insbesondere sogenannte smart-contract fähige Blockchains bieten durch ihre Möglichkeit, Finanzverträge in Computercode darzustellen, Möglichkeiten zur Vereinfachung verschiedener Wirtschaftsprozesse. Sie werden bereits heute von großen Finanzfirmen wie Visa und diversen Banken genutzt und werden in Zukunft voraussichtlich eine noch größere Bedeutung für die Weltwirtschaft wahrnehmen.
Der schnellen Verbreitung von Blockchain und Kryptowährungen steht eine immer noch unzureichende staatliche Regulierung gegenüber. Wir wollen, dass neue Finanztechnologie vor allem den Endnutzenden zugutekommen. Dafür braucht es eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie demokratische Legitimation, Transparenz und ökologische Effizienz bei neuen Blockchains sichergestellt werden können.
Wir möchten Initiativen fördern, die diesen Idealen entsprechen, und gleichzeitig hart gegen Betrug und Kriminalität im Netz vorgehen. Die öffentliche und transparente Natur der meisten Blockchains bietet eine gute Möglichkeit, kriminelle Netzwerke aufzudecken und zu verfolgen. Deutsche und Europäische Sicherheitsbehörden sollen mit den notwendigen Ressourcen und Kompetenzen versorgt werden, um diese Art von Verbrechensbekämpfung effektiv ausführen zu können.
Auch für die angedachte Einführung des digitalen Euro ist eine breite gesellschaftliche Debatte notwendig. Die Kontrolle über programmierbares Geld stellt eine deutliche Erweiterung der Kompetenzen der europäischen Zentralbank dar. Dabei bestehen aktuell noch viele ungeklärte Fragen, beispielsweise wie Privatsphäre und Kriminalitätsbekämpfung zusammengebracht werden können. Diese Debatten wollen wir konstruktiv begleiten.

weitere Antragsteller*innen

Karsten Ludwig (Krefeld KV); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Marcel Ernst (KV Göttingen); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Julia Müller (KV Krefeld); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Lorenz Paul Burghardt (KV Kiel); Benjamin Zander (KV Krefeld); Björn Petri (KV Krefeld); Viola von Cramon (KV Göttingen); Jonte Buchholz (KV Kiel); Jonathan Thurow (KV Hildesheim); Sina Beckmann (KV Friesland); Konstantin Dunnzlaff (Hannover RV); Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt); Hermann Gerhard Sievers (KV Emsland); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg); Lino Klevesath (KV Göttingen); Sandra Schneeloch (KV Köln); Jens Schulte-Koch (KV Hildesheim); Tristan Hoffmann (KV Oberhavel); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven)